

**POSTULAT** von Dr. Ruth Gurny Cassee (SP, Maur) und Willy Spieler (SP, Künsnacht)

betreffend Reorganisation der Verwaltungsstrukturen

---

Die Regierung wird gebeten, im Rahmen der geplanten Verwaltungsreform auf die Grobstruktur, wie sie im Regierungsratsbeschluss vom 13. November 1996 beschlossen wurde, zurückzukommen und insbesondere auf die Zusammenlegung der Fürsorgedirektion mit der Polizei- und Militärdirektion zu verzichten. Die Regierung soll stattdessen andere Zusammenlegungen prüfen, die dem Anliegen der Schaffung grosser integrierter Aufgabengebiete stärker Rechnung tragen.

Dr. Ruth Gurny Cassee  
Willy Spieler

Begründung:

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Volksabstimmung vom 7./ 8. März 1998 dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, Direktionen umbenennen, auflösen und vereinigen zu können. Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, die Fürsorge-, Polizei- und Militärdirektion zu einer Direktion für Sicherheit zusammenzulegen. Angesichts der Tatsache, dass zwischen Militär und Polizei einerseits, Fürsorge andererseits kaum Verbindungen und Koordinationsnutzen zu identifizieren sind, drängt sich die Frage auf, ob nicht andere Direktionszusammenlegungen prüfenswert wären.

Im Regierungsratsbeschluss vom 13.11.1996 werden Anforderungen an die neu zu bildenden Verwaltungsstrukturen genannt. Neben der Eignung dieser Strukturen für die Umsetzung der wirkungsgeführten Verwaltung und der Gleichwertigkeit der Direktionen sowie der Ausgestaltung der Staatskanzlei als Stabsstelle des Regierungspräsidenten wird auf der inhaltlichen Ebene insbesondere von der Schaffung "integrierter, grosser Aufgabengebiete" gesprochen. Aus dieser Perspektive erscheinen z.B. folgende Direktionszusammenlegungen sinnvoller als die geplante:

- Zusammenlegung der Fürsorgedirektion mit der Gesundheitsdirektion, wie dies im Organisationsmodell zur integrierten regionalen Leistungssteuerung vom Regierungsrat selbst vorgeschlagen wurde.
- Zusammenlegung der Fürsorgedirektion mit der Volkswirtschaftsdirektion: diese Lösung verspricht interessante Synergien, insbesondere im Zusammenhang mit den staatlichen Aufgaben im Bereich der Erwerbslosigkeit.
- Zusammenlegung der Fürsorgedirektion mit der Direktion des Innern: angesichts der wachsenden Bedeutung der öffentlichen Sozialhilfe, vorallem im Zusammenhang mit der Langzeitarbeitslosigkeit, aber z.B. auch mit der Asylfrage, muss die Arbeit der Gemeinden unterstützt und koordiniert werden. Das Zusammenlegen von Fürsorgedirektion und Direktion des Innern könnte aus dieser Perspektive einen wertvollen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten.